

Medienmitteilung

Bern, 28. Januar 2026

Parolenfassung HIV Kanton Bern März 2026

Der HIV Kanton Bern hat folgende Parolen anlässlich der Abstimmungen vom 8. März 2026 gefasst:

1. **NEIN zur eidgenössischen Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»**
2. **NEIN zur eidgenössischen Volksinitiative «200-Franken sind genug» [SRG-Initiative]**
3. **JA zum Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung**
4. **JA zum Gegenvorschlag bei der Volksinitiative «Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können!»**

NEIN zur Klimaschuldenfonds-Initiative

Die Klimaschuldenfonds-Initiative verlangt jährlich bis zu 10 Milliarden Franken zusätzlich für Klimaschutzmassnahmen – ausserhalb des regulären Bundesbudgets und ohne Schuldenbremse. Dadurch würde innert zehn Jahren ein Schuldenberg von rund 100 Milliarden Franken entstehen, zuzüglich hoher Zinskosten. Künftige Steuererhöhungen wären die Folge. Das belastet Bevölkerung und Wirtschaft und verschiebt die Probleme auf kommende Generationen. Die Schweiz ist bereits erfolgreich unterwegs: Mit Netto-Null-Ziel, CO₂-Gesetz, Energiegesetz und jährlich über 14 Milliarden an bestehenden Dekarbonisierungsinvestitionen sinken die Emissionen kontinuierlich – seit 1990 um 26 Prozent trotz Wirtschaftswachstum. Ein zusätzlicher Fonds würde jedoch neue Bürokratie, Ineffizienz und Fehlanreize schaffen, wie internationale Beispiele zeigen. Statt einer teuren Schuldenpolitik braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, technologische Offenheit und internationale Zusammenarbeit. Schweizer Unternehmen investieren bereits heute stark in klimafreundliche Innovationen und können laut Studien rund 90 Prozent der nötigen Transformation privat finanzieren. So erzielt die Schweiz global mehr Wirkung – nicht durch einen überdimensionierten und ineffizienten Fonds.

NEIN zur SRG-Halbierungsinitiative

Die Initiative zur Halbierung des SRG-Budgets bedroht die publizistische Grundversorgung in allen Sprachregionen. Eine Halbierung der Mittel würde zu massiven Programmstreichungen, dem Abbau regionaler Berichterstattung und einem deutlichen Verlust an Informationsvielfalt führen. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten und zunehmender Desinformation braucht die Schweiz einen starken, unabhängigen Service public. Für die Wirtschaft sind verlässliche Medien und ein gut funktionierender demokratischer Diskurs zentral. Die SRG produziert Inhalte, die private Anbieter aufgrund fehlender Rentabilität nicht leisten können – darunter Hintergrundformate, regionale Nachrichten oder DOK-Produktionen. Ein «Ja» würde die strukturelle Medienkrise verschärfen und die Abhängigkeit von ausländischen Technologieplattformen weiter erhöhen, die bereits heute Milliarden an Werbegeldern aus der Schweiz abziehen. Der HIV unterstützt zwar das Ziel, Unternehmen administrativ und finanziell zu entlasten. Doch die SRG befindet sich bereits in einem tiefgreifenden Sparprozess: Bis 2029 werden rund 270 Millionen Franken gekürzt, während 80 Prozent der Unternehmen dank höherer Umsatzgrenze künftig vollständig von der Abgabe befreit sind. Eine zusätzliche Halbierung des Budgets ginge weit über sinnvolle Effizienz hinaus und würde das publizistische Angebot existenziell gefährden. Von einem starken Service public profitiert auch die Berner Wirtschaft – durch stabile Rahmenbedingungen, verlässliche Information und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

JA zur Individualbesteuerung

Die Individualbesteuerung führt das Schweizer Steuersystem in die Gegenwart: Künftig wird jede erwachsene Person unabhängig vom Zivilstand separat besteuert. Damit beseitigt die Reform systematische Benachteiligungen wie die Heiratsstrafe und Fehlanreize für erwerbstätige Zweitverdienende. Sie stärkt die Gleichstellung und schafft ein einfacheres, faireres Steuersystem.

Gerade gut ausgebildete Frauen arbeiten heute oft weniger, als sie möchten: 7,5 Prozent sind unfreiwillig unterbeschäftigt. Laut Ecoplan würden 80 Prozent der Personen, die ihr Pensum erhöhen wollen – überwiegend Frauen zwischen 25 und 55 Jahren – tatsächlich mehr arbeiten. Mit der Individualbesteuerung könnten bis zu 44'000 zusätzliche Vollzeitstellen entstehen. Dieses inländische Potenzial ist angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels zentral. Gleichzeitig stärkt eine höhere Erwerbstätigkeit die Altersvorsorge von Frauen, die heute im Schnitt 20'000 Franken weniger Rente pro Jahr erhalten.

JA zum Gegenvorschlag der Bargeldinitiative

Der HIV Kanton Bern empfiehlt ein NEIN zur Bargeldinitiative sowie ein JA zum Gegenvorschlag. In der Stichfrage wird der Gegenvorschlag bevorzugt. Die Initiative will den Erhalt des Bargelds und den Schutz des Schweizerfrankens in der Verfassung verankern. Sie geht jedoch weit über das Ziel hinaus und würde mit weitreichenden Akzeptanzpflichten unnötige Regulierung sowie zusätzliche Kosten für Unternehmen verursachen. Bundesrat und Parlament schlagen einen praxistauglichen Gegenvorschlag vor. Dieser bestätigt den Schweizer Franken als offizielle Währung und verpflichtet die Nationalbank, die Bargeldversorgung dauerhaft sicherzustellen – ohne in die unternehmerische Freiheit einzugreifen.

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48